

An den
Vorsitzenden des
Gesundheitsausschusses
Herr Paetzold

Herrn
Oberbürgermeister Jürgen Roters

Haus Neuerburg
Gülichplatz 1-3 · 50667 Köln
Postanschrift:
Postfach 103564 · 50475 Köln
Tel: 0221/221-27840 · Fax: 0221/221-27841
Email: DieLinke.Koeln@stadt-koeln.de
www.linksfraktion-koeln.de

Fraktionsvorstand

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters: 26.11.2009

AN/1840/2009

Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates

| Gremium | Datum der Sitzung |
|----------------------|--------------------------|
| Gesundheitsausschuss | 10.12.2009 |

medizinische Grundversorgung durch niedergelassene Ärzte und mögliche Alternativen

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fraktion DIE LINKE. im Rat der Stadt Köln bittet Sie um Aufnahme der folgenden Anfrage in die Tagesordnung der Sitzung des Gesundheitsausschusses am 10.12.2009.

Seit gut einem Jahr ist der Verwaltung und den politischen Gremien bekannt, dass sich zumindest im Stadtteil Chorweiler zu wenige Kinder- und Jugendärzte niedergelassen haben. Die Problematik, dass sich die Kriterien der Kassenärztlichen Vereinigung (KV), ob ein Gebiet ärztlich ausreichend versorgt ist, sich immer auf den gesamten KV-Bezirk, nicht auf Teile des KV-Bezirktes beziehen ist ausführlich in verschiedenen Gremien dargelegt worden. Selbst die damalige Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt gestand auf einer im März stattfindenden Podiumsdiskussion, dass ihr die Situation, wie sie sich in Chorweiler entwickelt, Angst mache. Einem Pressebericht über diese Podiumsdiskussion (KSTA 30.03.09) war außerdem zu entnehmen, dass es im Stadtbezirk Chorweiler zu diesem Zeitpunkt nur noch sieben niedergelassene Jugend- und Kinderärzte gab und seit Juni 2008 im Stadtteil Chorweiler nur noch einen einzigen Mediziner. Auch im 2008 ging von Dezernentin Bredehorst und vom damaligen Leiter des Gesundheitsamtes Leidel eine eindringliche Warnung aus, dass ein direkter Zusammenhang zwischen der Gesundheitssituation von Jugendlichen und Arbeitslosigkeit bestünde. Gleichzeitig gibt es im Kinder- und Jugendärztlichen Dienst des Gesundheitsamtes vakante Stellen.

Am 12. November 2009 konnte man dem KSTA entnehmen, dass sich die Situation im Stadtbezirk Chorweiler weiter verschärft hat und dass selbst der ärztliche Notdienst in Gefahr sei. Auch hierbei wird auf die aus dem Bezirk abwandernden Ärzte hingewiesen.

Mit dem Kinderkrankenhaus der Kliniken der Stadt Köln gGmbH befindet sich eines der größten Kinderkrankenhäuser Deutschlands in Köln. Es genießt einen internationalen Ruf und zieht Patienten aus den europäischen Nachbarländern an.

Gesundheit gehört zur öffentlichen Daseinsvor- und -fürsorge. Sie darf, wie man sieht, nicht dem Markt überlassen werden, vielmehr gehört sie zu den wichtigsten Aufgaben der Solidargemeinschaft. Die Stadt Köln muss alles in ihrer Macht stehende tun, damit die medizinische Grundversorgung der Kölner und Kölnerinnen sichergestellt und ausreichend und entsprechend ihren Aufgaben finanziert wird. Nicht die Kosten, sondern die Menschen müssen im Mittelpunkt der Gesundheitspolitik der Stadt Köln stehen.

Aus dem obigen ergeben sich für DIE LINKE. folgende Fragen:

1. wie hat sich die ärztliche, insbesondere Kinder- und Jugendärztliche Grundversorgung in den einzelnen Stadtteilen (vergleichend) entwickelt und ist diese nach objektiven Kriterien noch gewährleistet oder droht in absehbarer Zeit in weiteren Stadtteilen eine Unterversorgung?
2. welche juristischen, technischen und politischen Voraussetzungen sind zu erfüllen, damit die Kliniken der Stadt Köln gGmbH in entsprechenden Stadtteilen zumindest vorübergehend durch ambulante Außenstellen die medizinische Grundversorgung gewährleisten können und dürfen?
3. wenn es für die unter 2. genannte Lösung keinen möglichen Ansatz gibt, stellt sich die Frage: Wie will die Stadt Köln dann noch die medizinische Grundversorgung aber auch die Gesundheitsförderung für Kinder und Jugendliche, wie sie ja unter anderem im „Handlungskonzept gegen die Folgen der Kinderarmut“ ist, sicher stellen und aktiv betreiben?
4. sind die vakanten Stellen im Kinder- und Jugendärztlichen Dienst des Gesundheitsamtes zwischenzeitlich besetzt und welche Maßnahmen wurden seitens der Stadt Köln ergriffen um das Abwandern von niedergelassenen Ärzten aus den armen Veedeln unserer Stadt zu verhindern oder Wieder- und Neuniederlassungen gerade in den armen Veedel zu fördern?

Mit freundlichen Grüßen

gez.
Jörg Detjen
Fraktionssprecher